

SPD-JUSOS - Kreis Mettmann Lavalplatz 3 40822 Mettmann

21. 05. 2020

Sehr geehrter Herr Landrat,

Antrag gemäß § 21 Kreisordnung für das Land NRW "Seebrücke - Schafft Sichere Häfen!"

Wir, die Jusos im Kreis Mettmann, können es nicht länger akzeptieren, dass beinahe täglich schutzsuchende Menschen im Mittelmeer ertrinken und ihre Helfer und Retter für ihre humanitären Taten zudem noch strafrechtlich verfolgt werden.

Wir fordern Sie daher auf, den Kreis Mettmann zu einem „Sicheren Hafen“ für Geflüchtete zu erklären und alles Erforderliche hierfür in die Wege zu leiten, damit Schutzsuchende auf sicherem Wege bei uns ankommen können.

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen, die fliehen mussten, einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Wir sind der festen Überzeugung, dass dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, die kommunale Politik tätig werden muss.

Zu einem Sicheren Hafen gehört für uns, dass der Kreis Mettmann:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.
Aktive Unterstützung der Seenotrettung

Aktive Unterstützung der Seenotrettung

2. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt.

Aufnahme zusätzlich zur Quote

3. die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher stellt:

- Der Kreis Mettmann erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Nordrhein-Westfalen hergestellt.

- Seine Bereitschaft auch über die nach dem aktuellen Zuweisungsschlüssel zugewiesenen Flüchtlinge freiwillig aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen,

signalisiert der Kreis Mettmann in Form eines Briefes an den Ministerpräsidenten des Landes NRW und die Bundeskanzlerin.

Aufnahmeprogramme unterstützen

4. sich gegenüber dem Bundesland Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einsetzt und dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze anbietet:

- Der Kreis Mettmann fordert die Regierung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. § 23 Absatz 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.
- Der Kreis Mettmann fordert die Regierung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen ersparen.
- Der Kreis Mettmann erklärt sich dem Bundesland Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung gegenüber bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen.
- Zudem setzt sich der Kreis über das Land für die Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 AufenthG ein, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfielen.
- Der Kreis fordert die Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.

Kommunales Ankommen gewährleisten

5. für ein langfristiges Ankommen sorgt, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.
Nationale und europäische Vernetzung

6. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt.

Bündnis Sichere Häfen

7. sich an der Gründung eines Bündnisses aller Sicheren Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik beteiligt.
Transparenz

8. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht, mit denen der Kreis Mettmann zu einem Sicheren Hafen wird.

Mit freundlichen Grüßen,



Souhaila el Ghanou
(Vorsitzende)



Laura Niehof
(Stv. Vorsitzende)